

Rede anlässlich des Unternehmertages Nord am 09. Juni 2010 in Hamburg

Sozialpolitik im Zeichen leerer Kassen!

Reiner Holznagel, Bundesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler Deutschland e.V.

Sehr geehrter Herr Wachholtz, sehr geehrter Herr Fröhlich, sehr geehrte Abgeordnete des Bundestages und der Landtage, sehr geehrte Minister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute vor Ihnen zu sprechen, und bedanke mich herzlich für Ihre Einladung. Ihr gewähltes Thema ist mit Sicherheit brandaktuell. Die jüngste Haushaltsklausur der Bundesregierung beweist es. Dass ich als ein Vertreter des Bundes der Steuerzahler zu diesem Thema referiere, zeigt aus meiner Sicht auch auf, wie sehr die Steuerzahler mit ihren gezahlten Steuern für eine Sozialpolitik sorgen oder gar sorgen müssen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte erschrecken Sie nicht, aber ich werde Ihnen als erstes unsere Schuldenuhr an die Wand projektieren. Jeden Morgen gehe ich unter dieser Uhr (sie hängt über dem Eingang) zu meinem Schreibtisch, und ich kann Ihnen sagen, die Zahlen prägen meine Arbeit! Aus unserer Sicht wäre es besser, wenn die Schuldenuhr auch über dem Eingang zum Bundestag hängen würde, denn so könnten die Parlamentarier sehen, welche Lasten auf den Schultern der Steuerzahler und vor allem der zukünftigen Steuerzahler liegen. Noch lehnt der Bundestag die Installation ab, aber ich verspreche Ihnen, wir arbeiten weiter dran!

Gleichwohl ist es wichtig, bei jeglicher Diskussion über die Gegenwart und Zukunft unseres Landes, diese Zahlen zumindest im Hinterkopf zu haben. So eben auch bei diesem Thema. Angesichts dieser Lasten muss, soll und wird Sozialpolitik gestaltet werden – keine Frage!

Doch was ist überhaupt Sozialpolitik?

Stellt man diese Frage Bürgern auf der Straße, dann wird man wahrscheinlich eine Antwort in Richtung Hartz IV bekommen. Sicherlich wird auch das Wort „Wohngeld“ fallen oder andere Transferleistungen an Bedürftige. Damit erkennen viele einen Teil der Sozialpolitik, aber eben nur einen Teil! Die Sozialpolitik ist in Deutschland umfangreich und fragmentiert. Sozialpolitik ist Verfassungsauftrag. Unsere Wirtschaftsordnung nennt sich soziale Marktwirtschaft, und mindestens seit Otto von Bismarck war Sozialpolitik auch immer zugleich Ordnungspolitik, die auf die Erhaltung des sozialen Friedens abzielte. Insofern stehen wir in einer langen Tradition, die aber eben auch deutlich macht, dass Sozialpolitik mehr ist als die Gewährung von bloßen Transferleistungen an Bedürftige durch den Staat.

Deshalb möchte ich weniger auf Transferleistungen eingehen, sondern vielmehr auf die Bereiche der Sozialpolitik, die reformiert werden müssen. Ich meine jene Leistungsversprechungen, die der Staat für die Zukunft abgegeben hat, die aber noch nicht finanziert sind.

Doch zunächst, meine Damen und Herren, reizt es mich, endlich auf die angeblich „leeren Kassen“ einzugehen. Ich bin immer wieder erstaunt, wie es die Politik und weite Teile der Presse schaffen, den Mythos der leeren Kassen so zu verbreiten, dass es selbst die Steuerzahler glauben, die für volle Kassen sorgen. Und das sind Sie, meine Damen und Herren Unternehmer!

Vor gut einem Monat tagte der Arbeitskreis Steuerschätzungen. An die Ergebnisse dieser Tagung wurden wichtige politische Entscheidungen der Koalition geknüpft, wie etwa die angestrebte Steuerreform. Als dann die Ergebnisse auf dem Tisch lagen, hieß es gleich, der Staat werde in den nächsten drei Jahren insgesamt ca. 38 Milliarden Euro weniger einnehmen. Da verwundert es nicht, dass die Kanzlerin mit einem Basta die Steuerpläne ihrer Koalition auf Eis legte. Doch was ist eigentlich passiert: Wenn man sich die Zahlen genau anschaut, dann wird der Staat tatsächlich in den nächsten drei Jahren weniger Geld einnehmen, es sind aber nur 6,1 Milliarden Euro aufgrund der Konjunktur. Die anderen 32 Milliarden Euro Schätzabweichung beruhen auf Beschlüssen der Großen Koalition und der jetzigen Regierungskoalition. Dahinter verbergen sich Dinge, wie z. B. das Bürgerentlastungsgesetz oder das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Zum Teil waren das Maßnahmen, die vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten werden mussten, beispielsweise der Abzug der Krankenversicherungskosten. Aber auch notwendige Korrekturen im Einkommensteuertarif wurden durchgeführt. Auf jeden Fall war allen Beteiligten bekannt, dass die Summe dieser politischen Maßnahmen bei den Steuerzahlern verbleibt und nicht in die Kassen des Staates fließt.

Dennoch werden die Einnahmen weiter steigen. Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht diese Situation: Mit dem Start der Großen Koalition hatte Deutschland Gesamteinnahmen in Höhe von ca. 452 Mrd. Euro pro Jahr. In diesem Jahr werden es 60 Mrd. Euro mehr sein. Und die Tendenz der steigenden Einnahmen geht weiter! Der Arbeitskreis Steuerschätzungen geht im Jahr 2014 mit 580 Mrd. Euro vom höchsten Steueraufkommen in der Geschichte der Bundesrepublik aus. Deshalb empfinde ich diese Diskussion um angeblich leere Kassen als sehr scheinheilig.

Die Einnahmesituation in Deutschland ist also hervorragend, aber die Ausgabenseite eben nicht! Trotz steigender Steuereinnahmen laufen uns die Ausgaben davon. Allein der Haushalt des Bundes macht die Dramatik deutlich. Ebenfalls mit dem Start der Großen Koalition gab der Bund 260 Mrd. Euro jährlich aus. Damals - also 2005 - lag die Nettokreditaufnahme bei 31,2 Mrd. Euro. Von 260 Mrd. Euro Ausgaben musste der Bund 37,4 Mrd. Euro für Zinsen bereitstellen, das sind fast 15 Prozent des gesamten Etats. Bei einer Verschuldung von knapp 900 Mrd. Euro verwundert das auch nicht!

Fünf Jahre später - also 2010 - sehen die Eckdaten des Bundes so aus: Die Gesamtausgaben belaufen sich auf ca. 320 Mrd. Euro, also 60 Mrd. Euro mehr, die Nettokreditaufnahme beträgt ca. 80 Mrd. Euro, das sind fast 50 Mrd. Euro mehr, und die Verschuldung des Bundes ist auf ca. 1.032 Mrd. Euro, also um fast 150 Mrd. Euro, angestiegen.

Nun werden einige bemerken, dass wir in dieser Zeit eine der größten Wirtschaftskrisen bewältigen mussten und müssen. Das ist richtig, teilweise sind diese Kosten aber noch gar nicht aufgezeigt, weil noch milliarden schwere Bankenbürgschaften hinzukommen! Und was man noch entgegenen kann, ist die Tatsache, dass in diese Zeit auch die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik fallen. Das hatte mit der hervorragenden Konjunktur zu tun, aber eben auch mit der größten Steuererhöhung, die jemals in der Geschichte der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Einige von Ihnen werden sich vielleicht noch an den Umsatzsteuersatz von 16 Prozent erinnern. Dieser wurde Anfang 2007 um fast 20 Prozent bzw. 3 Prozentpunkte auf 19 Prozent erhöht. Schließlich müssen wir aus der jüngsten Vergangenheit lernen, dass Mehreinnahmen auch zu Mehrausgaben führen. Allein deshalb lehnen wir jegliche Steuererhöhung ab, denn damit wird nicht das strukturelle Ausgabenproblem gelöst - im Gegenteil, das notwendige Sparen wird abermals vertagt!

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Struktur der Ausgaben anschauen, dann werden wir feststellen, dass der größte Teil der Staatsausgaben in den Sozialbereich wandert. Die Sozialleistungsquote, also die Sozialleistungen gemessen am BIP, liegt bei 32 Prozent. Diese Quote ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Zum Vergleich - 1970 lag sie bei 23 Prozent.

Am Bundeshaushalt kann man sehen, wo die Reise hinget, wenn nicht endlich das Ruder rumgerissen wird. 1970 wurden vom Gesamtetat des Bundes 30,4 Prozent für Sozialleistungen ausgegeben.

1990 verringerte sich diese Zahl leicht auf 27,2 Prozent. Dieser Trend wurde aber ins Gegenteil umgewandelt. So wird der Bereich Soziales ohne Reformen und Einschnitte im Jahr 2013 ca. 54,5 Prozent des Bundeshaushalts beanspruchen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass schon heute der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales der höchste ist. Hier verbergen sich auch die Zuschüsse des Bundes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von ca. 80 Mrd. Euro jährlich. Dass die Steuerzahler der gesetzlichen Rentenversicherung einen gewissen Betrag zur Verfügung stellen, ist richtig, denn die Rentenversicherung übernimmt sogenannte versicherungsfremde Leistungen, die der Allgemeinheit zugutekommen. Allerdings muss der Steuerzahler weit mehr zuschießen. Allein dieses Beispiel zeigt, dass unsere beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme ohne die Steuerzahler nicht mehr auskommen. Wobei immer wieder festgestellt werden muss, dass Nutznießer und Finanziere nicht unbedingt dieselben sind.

Ich halte es deshalb für einen politischen Fehler, wenn man wichtige Reformen in diesem Bereich ausschließt oder gar eine Politik betreibt, die das Problem in der Zukunft vergrößert. Die Rentengarantie ist ein Beispiel dafür.

Viel deutlicher wird diese Situation, wenn wir uns die Sozialpolitik des Staates in Form garantierter Leistungen an Beamte und Pensionäre anschauen. Hier tickt eine finanzielle Zeitbombe. Ebenso hat der Staat Leistungsversprechen bei der Kranken- und Pflegeversicherung abgegeben. Um es kaufmännisch auszudrücken: Für diese Versprechungen wurden keine Rücklagen gebildet! Das notwendige Geld muss von zukünftigen Steuerzahlern erst noch erarbeitet werden. Macht man vor diesem Hintergrund eine Bilanz auf, dann wirkt unsere Schuldenuhr noch fast harmlos.

Werden explizite und implizite Verschuldung zusammengerechnet, steigert sich der Schuldenberg auf knapp 8 Billionen Euro. Prof. Bernd Raffelhüschen hat mit seiner Generationenbilanz für das Basisjahr 2008 aufgezeigt, dass die implizite Staatsschuld gemessen am BIP ca. 251 Prozent betrug. Die explizite Staatsschuld betrug 2008 ca. 63 Prozent, und hier kann keine Entwarnung gegeben werden, denn derzeit liegt sie bei 78,8 Prozent. Um diese Kosten der Sozialstaatlichkeit eigentlich sauber zu finanzieren, müsste jeder Bundesbürger, unabhängig von Steuern und Sozialabgaben, bis zu seinem Lebensende einen zusätzlichen Betrag von 355 Euro pro Monat an den Staat abführen!

Deshalb, meine Damen und Herren, macht es keinen Sinn, Bereiche bei der notwendigen Spar- und Reformpolitik für tabu zu erklären. Das Mindeste, was aus unserer Sicht sofort umgesetzt werden müsste, ist, dass die Reformen, die in der gesetzlichen Rentenversicherung durchgeführt wurden, auch auf die Pensionen bzw. auf die Beamten übertragen werden. Die Anrechnung von Studienjahren bei der Pension muss wie im Rentensystem gestrichen werden. Die Beihilfen im Krankheitsfall sollten auf 50 Prozent der Krankheitskosten sinken. Vor allem jedoch sollte sich die Beamtenpension nach dem durchschnittlichen Verdienst des gesamten Arbeitslebens, wie bei den Rentnern, richten. Und eben nicht mehr nach der hohen Besoldung vor dem Pensionseintritt. Hier kann der Staat in der Zukunft richtig Geld sparen; aber auch schon in der Gegenwart wirken solche Reformen. Es ist für mich völlig unverständlich, wie man es zulassen kann, dass Beamte, quasi durch die Hintertür, ab dem 01.01.2011 knapp 5 Prozent mehr Gehalt bekommen. Aus meiner Sicht ist hier der Bundestag gefragt. Dies muss sofort gestoppt werden.

Meine Damen und Herren, mir ist durchaus bewusst, dass man sich mit Einsparungen keine Freunde macht. Dennoch: Der Bund der Steuerzahler hat frühzeitig Vorschläge unterbreitet. Unser Einsparpaket für den Bundeshaushalt umfasst 27 Mrd. Euro. Wir scheuen uns nicht, auch im Sozialbereich wichtige Reformen anzuregen.

Aus unserer Sicht werden jährlich über 2 Mrd. Euro für unwirksame Arbeitsmarktförderungen ausgegeben. Hier sollte der Rotstift angesetzt werden. Weitere zwei Milliarden Euro können durch die Abschaffung des Elterngeldes und die Rückkehr zum Erziehungsgeld eingespart werden.

Zudem muss der Sozialstaat stärker aktivierend und auch sanktionierend sein.

Das fängt im Bildungsbereich an. Mehr Geld ins Bildungssystem ist keine Garantie für bessere Ergebnisse. Ein schnellerer Schüler-PC oder eine größere Sporthalle sind nicht entscheidend. Dass die deutschen Lehrergehälter im EU-Vergleich Spitze sind, hat die schlechten PISA-Ergebnisse auch nicht verhindern können. Laut PISA kann knapp ein Viertel der 15-Jährigen nicht richtig lesen und rechnen!

„Es gibt keinen Beleg dafür, dass Länder, die mehr für die Bildung ausgeben, bessere Leistungen vorweisen“, sagt unmissverständlich der Bildungsökonom Ludger Wößmann. Wößmann plädiert beispielsweise für eine leistungsorientierte Belohnung von Lehrern, für mehr Schulautonomie und für längeres gemeinsames Lernen. Sein Vorbild ist Holland: Staatlich finanzierte, aber privat geleitete Schulen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man macht sich auch nicht viel Freunde in der Öffentlichkeit, wenn man auch im Bereich Familie Sparmaßnahmen einfordert! Kaum ein Land gibt so viel Geld für familienpolitische Leistungen aus wie Deutschland. Wissenschaftler der Universität Frankfurt haben über 150 verschiedene Leistungen ausgemacht, die von 40 unterschiedlichen Behörden verwaltet werden. Frei nach dem Motto „Viel hilft viel“ wird immer wieder neues Geld bereitgestellt. Wie auch bei den Bildungsausgaben fragt aber niemand nach dem Erfolg dieser Politik. Ein sehr gutes Beispiel ist das Elterngeld. Es sollte höhere Geburtenzahlen bei sogenannten Besserverdienenden bewirken. Zieht man erste Bilanz, dann steigen die Ausgaben für das Elterngeld Jahr für Jahr an, die Geburtenzahlen hingegen sinken. Schon während der Koalitionsverhandlungen haben wir deshalb für eine Rückkehr zum Erziehungsgeld plädiert. Das würde den Bundeshaushalt um jährlich zwei Milliarden Euro entlasten. Was es jedoch bedeutet, solche auf den ersten Blick unpopulären Maßnahmen zu fordern, durfte ich auch persönlich erleben. „Holznagel auf dem Holzweg“, lauteten dann die Presseerklärungen einiger Elterngeld-Befürworter.

Nun gut, damit habe ich kein Problem, und natürlich hat das Elterngeld auch positive Aspekte bei der Kindererziehung hervorgerufen. Trotzdem stimmt es mich immer wieder bedenklich, denn es steht auch exemplarisch dafür, dass der Staat bei sozialen Leistungen grundlegend die Bedürftigkeit nicht mehr in den Vordergrund stellt. Gut verdienende Eltern erhalten staatliche Leistungen, die sie eigentlich nicht nötig haben! Der Kreis der Empfänger von direkten sozialstaatlichen Leistungen wird damit immer größer und erstreckt sich durch alle gesellschaftlichen Schichten.

Schon jetzt bestreiten in diesem Land rd. 41 Millionen Erwachsene ihren Lebensunterhalt vorrangig mit staatlichen Leistungen. Damit sind von den derzeit 62,2 Millionen Wahlberechtigten mehr als die Hälfte von staatlichen Leistungen abhängig. Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse erfordern Sozialreformen zweifellos einen großen politischen Mut. Dennoch, die Hartz-Reformen haben gezeigt, dass der politische Mut unter bestimmten Konstellationen durchaus da ist. Der Erfolg ist inzwischen zu besichtigen. Von den fast 5 Millionen Arbeitslosen, wie vor den Hartz-Reformen, sind wir heute – trotz Finanzkrise – weit entfernt.

Was hingegen passiert, wenn die politische Klasse überzieht, muss Griechenland derzeit erleben. Griechenland hat in den vergangenen sechs Jahren seine Staatsausgaben um 60 Prozent erhöht. Der öffentliche Dienst ist mit jedem Regierungswechsel weiter gewachsen. Unkündbare Beamte können Prämien erhalten, wenn sie pünktlich am Arbeitsplatz erscheinen, eine Fremdsprache oder den PC beherrschen. Die Staatsgehälter und die Renten sind vergleichsweise üppig.

Und jetzt hat Griechenland einfach keine Gläubiger gefunden, die ohne EU-Garantien den griechischen Semisozialismus weiter finanzieren.

Davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Aber auch die Last unserer Staatsverschuldung wird immer größer. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich an dieser Stelle wieder die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler ins Spiel bringe. Unsere Schuldenuhr läuft in diesem Jahr mit einem Rekordtempo. Jede Sekunde kommen 4.481 Euro Staatsschulden hinzu. Das ist das zehnfache Tempo gegenüber dem vor zwei Jahren. Wir zahlen jede Sekunde über 2.000 Euro allein für die Zinsen dieser Staatsschulden. Spätestens im Jahr 2013 wird die deutsche Staatsverschuldung die 2 Billionen-Marke reißen. Das heißt dann jährlich 100 Milliarden Euro Zinslasten.

Meine Damen und Herren, diese Entwicklung hat nichts mehr mit einem Sozialstaat zu tun, denn wir belasten künftige Generationen so stark, dass sie mit Sicherheit nicht mehr so frei politisch gestalten können, wie wir es noch kennen. Aus meiner Sicht ist es deshalb wichtig, dass die verfassungsrechtliche Schuldenbremse umgesetzt wird. Der Weg dorthin ist klar, er führt nur über Einsparungen. Deshalb muss die künftige Sozialpolitik in den notwendigen Konsolidierungsprozess integriert werden. Die Schuldenbremse soll für den Bund ab dem Jahr 2016 voll wirken, das heißt, ab diesem Zeitpunkt darf er nur noch neue Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts machen. Bis dahin muss das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt um insgesamt rund 60 Mrd. Euro zurückgeführt werden. Dementsprechend muss die Regierung ab dem nächsten Haushalt pro Jahr durchschnittlich mindestens 10 Mrd. Euro einsparen! Gut, aber das reicht nicht aus! Angesichts der demographischen Herausforderungen, also sinkender Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung der Menschen, müssen die Regierungen unsere bestehenden sozialen Sicherungssysteme reformieren. Ob Rente, Pflege oder Krankenversicherung, sämtliche Leistungszusagen müssen auf ihre zukünftige Finanzierbarkeit überprüft werden.

Aus meiner Sicht muss sich der Staat dabei wieder auf seine Kernaufgaben zurückziehen. Sozialstaatlichkeit hat auch etwas mit Eigenverantwortung zu tun. Bürger können sich teilweise viel besser und effektiver selbst um ihre Angelegenheiten kümmern, es muss nicht alles der Staat organisieren. Damit dies aber auch geschehen kann, dürfen Steuern und Abgaben nicht so hoch sein, dass sie die Entscheidungen der Bürger negativ beeinflussen. Noch viel schlimmer wäre es, wenn für Eigenvorsorge, beispielsweise für die Alterssicherung, nicht mehr genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden.

Im OECD-Vergleich mit 30 Staaten lag im Jahr 2008 der durchschnittlich verdienende deutsche Single mit einer Abgabenquote von 52 Prozent auf dem dritten Rang. Nur in Belgien und Ungarn war die Belastung noch höher. Berufstätige Ehepaare mit zwei Kindern sind in Deutschland mit 41,4 Prozent ebenfalls weit höher belastet als im OECD-Durchschnitt. Auch bei diesem Haushaltstyp ist die Belastung nur in Belgien und Ungarn noch höher.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund wird es Sie nicht verwundern, dass ich in diesem Bereich notwendige steuerliche Korrekturen einfordere. Uns geht es dabei nicht um Stufen oder fiktive Steuersätze. Wir wollen unseren bestehenden Einkommensteuertarif so reformieren, dass mehr Gerechtigkeit hergestellt und systematische Fehler beseitigt werden. Wir müssen endlich den Knick im Verlauf abflachen, wenn nicht sogar beseitigen, und wir müssen den Tarif auf Räder stellen, also an die Einkommensentwicklung anpassen. So können die kalte Progression bzw. die heimlichen Steuererhöhungen abgeschafft werden und der Steuerbürger wird für mehr Leistung auch tatsächlich wieder belohnt.

Schließlich muss die Mittelschicht in unserem Land wieder mehr Wertschätzung erlangen. Und sie, die Mitte, war und ist in ihrer Breite der beste Garant des Sozialstaats. Der Staat wird unsozial, wenn er mit zu hohen Steuern und Abgaben die Handlungsfähigkeit der Menschen einschränkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sozialpolitik im Zeichen leerer Kassen lautet das Thema der anschließenden Podiumsdiskussion. Dass die Kassen nicht leer sind, habe ich deutlich aufgezeigt. Gleichwohl haben wir ein Ausgabenproblem auf allen staatlichen Ebenen und in den sozialen Sicherungssystemen. Aus meiner Sicht gibt es genügend Sparpotenzial, um zunächst das Verschuldungsproblem einzudämmen. Allerdings ist das nur ein Teil der anstehenden Aufgaben. Daneben müssen Reformen eingeleitet werden, die der Sozialstaatlichkeit auch in der Zukunft gerecht werden. Vor diesem Hintergrund freue ich mich, der Diskussion zu lauschen, vielleicht unter dem Motto, **Sozialpolitik im Zeichen großer Herausforderungen!**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.